

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Mai 1989

REGIERUNG DER GELDSÄCKE ODER REGIERUNG DER ARBEITERKLASSE

Westberlin hat eine neue Regierung, den SPD/AL-Senat. Werden die sozialen und politischen Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen von dieser Regierung vertreten oder zertreten?

Geht man davon aus, was dieser Senat sagt, könnte es kaum besser aussehen. Mit viel Wortgeißel wurde von einer "Jahrhundertgelegenheit", von einer "historischen Perspektive" geredet, aber programmatische Vorstellungen für deren Verwirklichung machen schon auf dem Papier einen mehr als kläglichen Eindruck. Angesichts der nicht zu übersehenden Krise wird eine Menge beabsichtigt, nicht wenig versprochen, wie Abbau von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, Einstieg in den ökologischen Stadtbau. Das sind die Wahlversprechen. Sie werden zwar mit einigen neuen Tönen vorgetragen, aber das Lied bleibt doch das alte.

Wer hätte auf Betriebsversammlungen nicht schon die Chefs gehört, wie sie mit schönen Worten die Belegschaft einseifen. Für jede Arbeiterin und jeden Arbeiter muß eigentlich klar sein, daß ein Dummkopf ist, wer diesen Herrschaften, wer den Mächtigen und Regierenden aufs Wort glaubt. Was zählt sind Taten und Tatsachen.

Die ersten Handlungen des neuen Senats zeigen deutlich, wie von dieser Regierung zu erwarten ist. Sie läßt erst einmal die Polizei in Aktion treten.

Da werden besetzte Häuser geräumt, wie gehabt. Da wird der "wandernde Polizeikeßel" rück zuck mit einem Knüppelinsatz durchgesetzt, wie auf der Hungerstreikdemonstration. Da werden Protestierende aus dem Rathaus geschleift, die berechtigten Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen vortragen. Da werden weiterhin Ausländerinnen und Ausländer in ihre Heimatländer abgeschoben, "business as usual", Verwaltungsaltag.

Das heißt dann "Berliner Linie". "Berlin bleibt doch Berlin", ob unter einem CDU-Senat oder einem SPD/AL-Senat - das erste Wort hat der Polizeiknüppel, in bewährter preußischer Tradition.

Angesichts dieser harten Tatsachen hört man von "linken" und "alternativen" Freundinnen und Freunden des Senats nicht selten beschwichtigende Reden: ja, das stimmt ja alles, aber ... der Spielraum des neuen Senats ist eben sehr eng, auch er steckt in den "Sachzwängen des Systems", die AL hat doch Kritik angemeldet, usw. usf. und schließlich ist eine BVG-Umweltkarte doch auch nicht schlecht.

Sofern dies überhaupt ehrlich gemeint ist, bleiben es dennoch Halbwahrheiten und eine Folge dessen, daß Widersprüche zwar gesehen, aber dann vertuscht werden, anstatt sie bis zu ihrer Wurzel zu verfolgen und sie dort, eben radikal, anzupacken.

Erst einmal, um ein aktuelles Beispiel zu nehmen: Was hindert diesen Senat eigentlich, unverzüglich die berechtigten Forderungen der hungerstreikenden sozialen Gefangenen in Plötzensee und Tegel zu erfüllen, daß z.B. auch für sie demokratische Rechte gelten, wie das einen Briefwechsel ohne

Zensur zu führen, daß für ihre Arbeit kein Sklavenlohn, sondern Tariflohn bezahlt wird? Dafür gibt es kein plausibles Argument. Wenn dieser Senat sich schon gegen die Erfüllung derartiger Forderungen sperrt, dann zeigt dies doch zumindest eines: diese Regierung ist keinesfalls gewillt für die "Ernidrigten und Beleidigten" einzutreten. Wie seine Vorgänger verfährt dieser Senat nach der "Staatsraison": der "Druck von unten" zur Durchsetzung gerechter Forderungen kommt ihm einer illegalen Herausforderung der obersten Autorität gleich, einer "Erpressung" des Staates. Der SPD/AL-Senat kann sich dafür des Beifalls der Reichen und Mächtigen sicher sein. Und die AL nimmt dies wohlwissend in Kauf, um an den Fleischtöpfen der Macht teilzuhaben, kritisch und kritisierend, versteht sich.

Wenn dies schon die "Sachzwänge des Systems" sind oder sein sollen, dann muß doch eigentlich jedem und jeder, von denen dieses System durch Ausbeutung profitiert, klar werden, daß dann auch der SPD/AL-Senat als Teil des Systems bekämpft werden muß.

In der Tat geht es ums System, und nicht um die Regierung dieser oder jener Färbung, die allesamt nichts anderes sind als Instrumente des kapitalistischen Systems zur Aufrechterhaltung des Profits für die Reichen und Geldsäcke durch die Ausbeutung derjenigen, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft.

Nachdem der SPD/AL-Senat einige beschränkte Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wohnungen angekündigt hat, die ohnehin letztlich durch die direkten und indirekten Steuern der Werktätigen finanziert werden, betonte er unermüdlich, daß sich an den "wirtschaftlichen Rahmenbedingungen" garantiert nichts ändern werde. Mit anderen Worten heißt dies, daß die Ausbeutungsbedingungen des Kapitals nicht nur unangestastet bleiben, sondern im Interesse des Maximalprofits nach Kräften gefördert werden.

Jedes Hoffen und jede Erwartung an "die da oben" wäre deshalb fehl am Platz und eine gefährliche Illusion, denn dadurch ändert sich an den schlechten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen für die deutschen und ausländischen Werktätigen nichts. Die Herrschenden erhalten dadurch im Gegenteil erst die Ruhe, die sie brauchen, um weiterhin die Lasten der Krise ungestört auf die Werktätigen abzuwälzen und trotz Krise Traumprofite einzustreichen.



"ES KANN DIE BEFREIUNG DER ARBEITER NUR DAS WERK DER ARBEITER SEIN!" Deshalb kann sich die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung auch unter keiner irgendwie gearteten bürgerlichen Regierung vollziehen, sondern nur mit einer Regierung der Arbeiterklasse.

Erster Schritt einer wirklichen Regierung der Arbeiterklasse ist es, das zeigt das Beispiel der Pariser Kommune und der Oktoberrevolution, unverzüglich die Eigentumsverhältnisse um-

zuwälzen, d.h. die großen Fabriken, die Banken, die Häuser usw. mittels "despotischer Eingriffe", wie Marx sagte, der Kapitalistenklasse zu entreiben und in die Hände der Arbeiterklasse zu übergeben. Dies ist der erste Schritt des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft mit dem Ziel des Kommunismus, die jegliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt.

Wo bleibt da die Freiheit, die Demokratie, das ist doch Diktatur hören wir die Politiker und Ideologen der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse schon rufen. Für wen, fragen wir. Und wie sieht es hier überhaupt mit Freiheit und Demokratie aus?

Was könnte "Freiheit" und "Demokratie" in diesem Staat deutlicher kennzeichnen als die Tatsache, daß die ausländischen Bürgerinnen und Bürger faktisch jeglicher politischen Rechte beraubt sind. Sie werden quasi einem "Apartheidregime" unterworfen, das den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern im Grunde nur eines erlaubt, für den Profit der Reichen zu schufteln.

Auf der anderen Seite werden Demokratie und Freiheit gerade dann im Munde geführt, wenn es um die Freiheit der Propaganda für Rassismus und Chauvinismus geht, wenn es um die Versammlungsfreiheit für Faschisten und Nazis geht, wenn ganz "demokratisch" die REP-Faschisten in das Parlament einziehen, nachdem sie vorher schon in aller "Freiheit" zu einem Teil des Staatsapparates, vor allem des Polizeiapparates geworden sind.

Ein Staat und eine Regierung der Arbeiterklasse wird offen erklären, daß bei ihr Faschisten und Reaktionäre keine Freiheit und keine Demokratie genießen, daß sie mit diktatorischen Mitteln unterdrückt werden müssen, da ohne diese Voraussetzungen Rassismus und Chauvinismus nicht beseitigt, die Gleichheit verschiedener Nationalitäten nicht verwirklicht werden kann. Ebenso wenig wird es für Kapitalisten die Freiheit der Ausbeutung und Unterdrückung geben. Auch diese wird ihnen mit diktatorischen Mitteln, gestützt auf die bewaffneten Arbeiter und Arbeiterinnen genommen, da nur so wirkliche Demokratie für die Mehrheit der Ausbeuteten und Unterdrückten verwirklicht werden kann.

Das läuft auf Terror hinaus, werden gerade "Linke" und "Alternative" einwenden. Aber wen soll ein solcher Einwand schrecken? Wem dient überhaupt das ganze Schreckgespenst des Terrorismus?

Angesichts des Hungerstreiks der politischen Gefangenen, des gerechten Kampfes in den Knästen und Trakten des westdeutschen Imperialismus, muß doch jeder, dem das Denken und Fühlen noch nicht völlig von den Herrschenden zugeknechtet ist, wahrnehmen, daß die Bourgeoisie dort mit dem Terror herrscht, der Isolation, psychische und physische Zerstörung politischer Gefangener heißt.

Und was ist der Paragraph 129a anderes als ein Gesinnungsterrorparagraph für den Einsatz gegen alle Gruppen, die sich mit revolutionären Zielen identifizieren bis hin zu streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern, die ihre Betriebe besetzen.

Nein, dieses System übt aktuell Terror aus, und gerade die Geschichte des deutschen Imperialismus zeigt, eine Geschichte, deren Fäden bis heute nicht durchtrennt sind, daß dieses kapitalistische System in Gestalt des Nazifaschismus zum barbarischsten Terrorsystem fähig ist, das die Geschichte je gekannt hat.

Hieraus folgt, daß der Terror der Bourgeoisie nur durch die gewaltsame, bewaffnete Zerschlagung des Staates der westdeutschen Imperialisten in der proletarischen Revolution gebrochen werden kann. Dies ist die Voraussetzung für die Machtergreifung der Arbeiterklasse. Diese kann ihre Macht nur dadurch erhalten, indem sie die Versuche der gestürzten Ausbeuterklassen, ihre Macht wiederzuerlangen, durch den roten, den proletarischen Massenterror verhindert. Dies ist praktisch bewiesen durch die positiven und negativen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, namentlich durch den Erfolg der Bolschewiki im Bürgerkrieg gegen die Konterrevolution nach dem Sieg der Oktoberrevolution und durch das Scheitern der Pariser Kommune wegen ihrer zu großen Milde gegen ihre Feinde.

Der proletarische Staat und seine Regierung wird sich bei der Erhaltung der Macht der Arbeiterklasse nicht nur auf die bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter stützen, sondern wird für die Reaktionäre und Faschisten selbstverständlich auch Gefängnisse bereithalten. Eine Gesellschaft ohne Knäste wird es erst dann geben können, wenn die Ausbeuter im eigenen Land und international keine Möglichkeit mehr haben werden, ihre Macht wiederzuerlangen.



